



Nr. 21. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang
 Montag den 27. Januar 1919.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn RM. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich RM. 2.15, im Fernbereich RM. 2.25. Bestellpreis in Württemberg RM. 2.15.

**Eine Botschaft der württemberg. Regierung.
 Beginn der Generaldebatte
 der Landesversammlung.**

* In der Sonntagsitzung verlas der Minister des Innern, Dr. Lindemann, eine Botschaft der vorläufigen württembergischen Regierung, in der sie alle Maßnahmen zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens aufzählt, und darauf hinweist, daß nur Arbeit allein, schwere für alle Teile des Volkes opfervolle Arbeit uns vor dem Verfall zu bewahren vermöge. Um Stoffe und Nahrung zu erhalten, brauchen wir den Frieden. Die Regierung gibt auch Rechenschaft über die von ihr getroffenen Anstalten zur Niederwerfung des spartakistischen Putschs vom 9. Januar, bei dem sie vor der Wahl gestanden sei, der Gefahr des völligen Zusammenbruchs unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu entzugen entgegenzutreten oder sie abzuwehren. Die Regierung habe die Abwehr gemahnt und hoffe, daß in wenigen Wochen auch jener kleinen Teil des Volkes ihr Handeln als richtig erkenne, denn ein Zusammenbruch hätte den beschlossenen Teil des Volkes am schwersten getroffen. Die Regierung begreift es jedoch, daß durch die ruhige Art, mit der das Schwabenvolk sein Selbstbestimmungsrecht angewendet hat, es gezeigt habe, daß das Gefühl der Würde im deutschen Volke wieder erwache. Die Pflicht, unter Deutlichkeit allen Gewalten zum Trotz zu erlitten, solle unter Führer durch alle Not und Bedrückung der Gegenwart sein, hinüber zu einer neuen Zukunft. Kein feindlicher Imperialismus werde uns auf die Dauer hindern können, als gleichberechtigtes Glied in dem von uns allen erlehrten Völkerbunde zu stehen. Es ist erfreulich, daß wir endlich einmal wieder Worte vernahmen, die dem Volk den nationalen Instinkt in Erinnerung rufen, den es im Laufe des Krieges verloren hatte, so daß es den unerbötlichen Gewalttaten und Demütigungen seitens seiner Feinde direkt apokalyptisch gegenüberstand. Die Notwendigkeit des Widerstandes des nationalen Gedankens bestonte als erster Redner auch Konrad Haackmann, der hervorhob, daß nach 2-monatlicher Passivität in der Außenpolitik es jetzt höchste Zeit sei zu aktiver Außenpolitik. Es müsse jetzt bindend erklärt werden, bis zu welchem Grade der Widerstand freiwillig bei den Friedensverhandlungen mitzuarbeiten. Selbstmörderische und demütigende Zumutungen müßten als unannehmbar erklärt werden, in dem Sinne daß viele Generationen sich gegen diese Vergewaltigung auflehnen würden. Zur Revolution sagte Haackmann, der Hauptgrund sei wohl der, daß der Geduldsfaden des deutschen Volkes zu lange gespannt war, als daß er nicht hätte zerreißen müssen, aber durch die Aufzählung der vor der Revolution vorgenommenen staatsrechtlichen und persönlichen Veränderungen legte der Redner gleichzeitig dar, daß alles, was wir erreicht haben und noch erreichen werden, auch auf gesetzlichem Wege sich hätte vollziehen lassen. Er schlug vor, die bisherige Regierung, die eigentlich nicht entsprechend der Zusammenfassung der Landesversammlung ihre Ministerliste erteilt habe, vorerst zu bestätigen. Die Politik des Landes werde sich künftig vollziehen aus dem Zusammenwirken der Arbeiterpartei mit den bürgerlichen demokratischen Parteien. Der nächste Parteiführer, der unabhängige Crispian, der hier so weitverbreitete Töne gefunden hat, zeigte seinen wahren Charakter, indem er die Erregungsschaften der Revolution als Stillewerk betrachtete, und also durchblicken ließ, daß nach seiner Ansicht noch lange nicht genug Unruhe im Lande war. Er verteidigte deshalb auch den Spartakistenputschversuch, und suchte ihn als harmlose Demonstration von Arbeitslosen hinzustellen, die erst durch Aufstellen von Maschinengehören das schlimmste Ende genommen habe. Minister Lindemann stellte aber diese Verdrehung der Tatsachen richtig, indem er darauf hinwies, daß die Demonstranten in den Hof des

steriums ein Maschinengewehr mitgebracht hatten, in der ersten Kammer seien Handgranaten verteilt worden, und von der Sicherheitskompanie sei niemals zuerst geschossen worden. Die Blutschuld falle auf die, die zum Wagnisgebrauch aufgefordert und zuerst geschossen hätten. Aus dieser Antwort kann Herr Crispian ersehen, wen die Schuld an den Opfern des 9. Januar trifft.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Von der Friedenskonferenz.
 Berlin, 27. Jan. Der Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz will, wie es in verschiedenen Morgenblättern heißt, meiden können, daß es hoffentlich möglich sein werde, die Vertreter der Mittelmächte Ende März oder Anfangs April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelechte Regierung habe.

Die Entente gegen die Eroberungsgier der neuen Staaten.

Paris, 24. Jan. (Havas. Amtlich.) Nach der gestrigen Versammlung des Obersten Kriegsrats hielten Wilson, die Premierminister und die Minister des Auswärtigen, sowie die Vertreter der japanischen Regierung eine kurze Sitzung ab. Sie stimmten der Veröfentlichung und der radiotelegraphischen Uebersetzung folgender Erklärung zu: Die Regierungen, die gegenwärtig zu einer Konferenz versammelt sind, um einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, sind sehr bewegt von den Nachrichten, die ihnen aus verschiedenen Ländern Europas und des Orients wiederholt zuzukommen sind, wonach von der Gewalt Gebrauch gemacht wurde, um von Gebieten Besitz zu nehmen, über deren rechtmäßige Rückgabe die Friedenskonferenz zu bestimmen berufen ist. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung zu erheben und zu erklären, daß jeder Besitz, d. mit Hilfe d. Gewalt erlangt ist, der Sache derjenigen den größten Schaden zufügt, die zu solchen Mitteln greifen. Diejenigen, die Gewalt anwenden, lassen die Vermutung aufkommen, daß sie an der Gerechtigkeit und der Redlichkeit ihrer Forderungen zweifeln und daß sie ihre Souveränität mehr auf die Gewalt gründen wollen als auf die nationale oder Rassenangehörigkeit und auf die von der Geschichte geschaffenen natürlichen Bande. Damit weisen sie einen Schatten auf alle Rechtsmittel, die sie später geltend machen sollten und sie bekunden Mißtrauen gegenüber der Friedenskonferenz selbst. Hieraus können nur die unheilvollsten Ergebnisse hervorgehen. Wenn sie die Entschlossenheit wollen, so müssen sie auch auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Forderungen in einer Art und Weise den Händen der Friedenskonferenz übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Willen läßt. — Das tut die Entente natürlich nicht um der Gerechtigkeit willen, sondern weil sie Komplikationen fürchtet.

Der „Völkerbund“ verwirft die U-Bootwaffe.

(W.B.) Rotterdam, 23. Jan. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge wird der „New York World“ aus Paris gemeldet, daß der Entwurf über den Völkerbund das Unterseeboot als Kriegsmittel vollkommen unterwirft und von allen Ländern die den Völkerbundsvertrag unterzeichnen, fordert, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten. Die Engländer und Amerikaner haben eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz des linken Rheinufers, ebenso auch gegen die italienischen Forderungen bezüglich der östlichen Adriaküste. — Natürlich, die U-Bootwaffe hätte mit der Zeit die Uebermacht der englisch-amerikanischen Flotte bedroht, und hätte auch kleinen Völkern die Möglichkeit zur Verteidigung ihrer Interessen gegeben. Das soll aber verhindert werden.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

London, 25. Jan. (Reuter.) Die Times melden aus Paris: Bei den gestrigen Beratungen über die Kolonien hob Smith im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. In diesem Punkte herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und Südostafrika mit irgend einer Form von Neutralisierung zu begnügen. Insofern man braucht man nur noch darüber verhandeln, was mit den Samosinseln und den pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung dieser Inseln der Äquator als südliche Grenzlinie festgesetzt werden solle. In diesem Falle würde Japan die Carolinen und die Marshall-Inseln erhalten.

Die polnische Gefahr.

Bromberg, 25. Jan. (Amtlich.) Bandenansammlungen in Mittenberg, Eichholtz und Brünnsdorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Partisanen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden internieren die friedlichen Bewohner von Schmiedberg und Umgegend.

Französische Sympathien für die süß zwischen Ansprüchen auf Fiume und Triest.

Bern, 24. Jan. In Fiume kam es dieser Tage wieder zu Demonstrationen der Kroaten gegen die Italiener, bei denen wie der Corriere della Sera erkennen läßt, französische Soldaten und Offiziere der Besatzung mit den Kroaten gemeinsame Sache machten. Wie der „Secolo“ weiter aus Triest erzählt, ist dort die Stimmung gegen Slotten so gereizt, daß man sich selbst mit den maßvollen Sozialisten über die Italiensität Triests nicht verständigen könne. Auch der „Corriere della Sera“ meldet weiter, daß sich mit der italienischen Besatzung Triests viele Unzufriedenheiten eingestellt hätten. Der Handel liege völlig darnieder, besonders infolge der ungleichen Handhabung bei der Umwälzung der Krone. Die Stimmung sei öfter als unter der österreichischen Regierung. Eine Folge dieses Zustandes sei, daß die Triester Werkarbeiter ihre Arbeit eingestellt hätten.

Um die Zukunft Montenegros.

Paris, 24. Jan. (Havas.) Der König von Montenegro hat an die montenegrinische Bevölkerung eine Botschaft gerichtet, in der er bittet, der Besatzung durch Truppen, die sich des Landes zu bemächtigen versuchen, keinen Widerstand entgegenzusetzen und in der er versichert, daß das Volk sich demnächst über die politische Gestaltung seiner zukünftigen Regierung frei aussprechen könnte. Die Friedenskonferenz hat in ihrer Sitzung am Mittwoch der Botschaft zugestimmt und ihre Abwendung genehmigt.

Auch die türkischen Staatsmänner sollen abgeurteilt werden.

London, 24. Jan. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die türkische Regierung zurücktritt. Man erwartet, daß Tewfik Pascha ein neues Kabinett bilden wird, in das eine größere Zahl von Begnern des Komitees für Einheit und Fortschritt aufgenommen werden soll. Dieses Komitee versucht noch immer zu verhindern, daß die Personen, die die armenischen Massakres verurteilt haben, bestraft werden. — Es handelt sich hier natürlich um dieselbe Tendenz der Entente, denn von dort geht die ganze Sache aus, die ihnen nicht passenden jungtürkischen Elemente zu vernichten, damit England umso besser sich seines Raubes freuen kann.

Deutschland.

Die deutsche Nationalversammlung.

Nach einer vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten vorläufigen Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Pfalz sind für die einzelnen Parteien folgende Stimmen abgegeben worden:

Das „Calmer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Bekanntmachung des Landwirtschaftsministeriums
betreffend Mühlenüberwachung.

Die Mühlenüberwachung begegnet in letzter Zeit infolge der Widerständigkeit einzelner Mühlen und des gewalttätigen Vorgehens der Einwohnerschaft einzelner Gemeinden immer größeren Schwierigkeiten. Die Mühlenüberwachung bildet aber nach allen bisherigen Erfahrungen eine unerlässliche Voraussetzung für die Sicherung der Versorgung mit Mehl, Brot und Nahrungsmitteln. Die Mühlenüberwachung muß daher unter allen Umständen beibehalten werden. Soweit berechtigte Klagen gegen die bisherige Art der Mühlenüberwachung vorliegen, sind sie abgestellt worden. Auch wurden dem allgemeinen Wunsch unserer Landbevölkerung entsprechend die norddeutschen Mühlenkontrolloren aus Württemberg zurückgezogen. Um so nachdrücklicher muß das Ernährungsministerium verlangen, daß die Mühlenkontrolloren in ihrem schweren Dienst nicht weiter behelligt werden. Jede Gewalttätigkeit gegen die Mühlenkontrolloren wird unnahezu strafrechtlich verfolgt werden; auf Nieberschlagung des Verfahrens oder Begnadigung dürfen die Schuldigen nicht rechnen. Außerdem wird nötigenfalls durch militärisches Aufgebot die Durchführung der Mühlenkontrolle gesichert werden.

Das Ministerium vertraut zu dem gesunden Sinn und der Einsicht unserer Bevölkerung, daß sie es zur Anwendung der Gewalt nicht kommen lassen wird, sondern die Besonnenheit wahr und etwaige Beschwerden, denen sorgfältigste Prüfung zugesagt wird, auf geordnetem Weg vorbringt. **Baumann.**

Die Schultheißenämter werden beauftragt, dies in ortsüblicher Weise bekannt zu machen und insbesondere auch den dortigen Arbeiter- und Bauernrat auf die Verfügung aufmerksam zu machen. **Oberamt:**
Calw, den 22. Januar 1919. G. S.

Bekanntmachung der Zentralstelle für d. Landwirtschaft,
betreffend die Abhaltung von Unterrichtskursen über
Obstbaumzucht.

Im kommenden Frühjahr werden, im Falle genügender Beteiligung und sofern es die Verhältnisse zulassen, wieder Unterrichtskurse über Obstbaumzucht, und zwar an der Landwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim, an der Weinbauerschule in Weinsberg, ferner in Ulm in der hierfür eingerichteten städtischen Obstanlage

	Stimmen	in Proz.	Mandate
Sozialdemokraten	11 112 450	= 39,03	165
Unabhängige	2 186 305	= 7,68	22
Demokratische Partei	5 552 936	= 19,50	75
Zentrum	5 368 804	= 18,86	91
Nationalliberale	1 106 408	= 3,80	22
Konservative	2 739 196	= 9,62	38
Bayerischer Bauernbund	273 718	= 0,90	4
Bayerische Mittelpartei	11 955	—	—
Schl.-Holst. Bauerndemokr.	58 482	—	1
Braunschw. Landesverband	56 675	—	1

Bei den Reichstagswahlen von 1912 waren, nach der „Zf. Ztg.“, abgegeben worden für die Sozialdemokraten 4 250 000 Stimmen oder 34,8 Prozent, die Fortschrittler 1 506 300 (12,3 Proz.), die Nationalliberalen 1 723 000 (13,6 Proz.), die konservat. Partei 1 883 900 (17,1 Proz.), Zentrum und Welfen 2 086 700 Stimmen (17 Prozent). Dieser Stimmenvergleich bestätigt auf neue, daß neben den Mehrheitssozialisten die Demokraten den stärksten prozentualen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben, der auch über den Zuzug vom linken Flügel der Nationalliberalen hinausgeht. Rechtsnationalliberale und Konservative sind zusammen hinter dem zurückgeblieben, was jeder von ihnen früher erreicht hatte, und haben trotz der vermehrten Wählererschaft kaum mehr als die frühere Gesamtziffer erreicht. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß an sich der prozentuelle Anteil der Parteien ohnehin etwas größer als 1912 sein müßte, weil damals auch die Polen und Elsaß-Lothringer und Dänen mit über 500 000 Stimmen mitzählten. Das Ergebnis, das allerdings wohl noch nicht bei weitem die Schlüsselschlüssel enthält — dafür erscheint die Zahl der abgegebenen Stimmen mit nur 28 1/2 Millionen bei der 38 bis 40 Millionen vermuteten Zahl von Wahlberechtigten zu gering —, aber doch wohl im Verhältnis der Parteistärken keine wesentlichen Veränderungen erfahren dürfte, ist aber auch in anderer Hinsicht besonders lehrreich. Es zeigt nämlich, daß im Vergleich zur Stimmenzahl die Demokratie eine viel zu schwache, das Zentrum dagegen eine viel zu starke Vertretung erhalten hat. Die Demokratie hat bei einem Stimmenmehr von 200 000 nur 75, Zentrum und Welfen dagegen 91 Mandate bekommen, während das richtige Verhältnis gewesen wäre: 82 Mandate für die Demokraten und 79 für das Zentrum. Das Zentrum hat einen erheblichen Teil seines Bestandes nur der Listenverbindung zu danken, nicht der eigenen Stärke. Der Erfolg der Demokratischen Partei, der nur durch diese Wahlvereinigungen beeinträchtigt worden ist, erscheint demgegenüber in um so glänzenderem Licht.

und in einer Weinbauerschule durch den Obstbauinspektor Winkelmann daselbst, sowie erforderlichenfalls noch am pomologischen Institut des Oekonomierats Lucas in Kemptingen und in dem Betrieb des Baumkulturschulzentrums Koll in Kollstegen abgehalten.

Hierbei erhalten die Teilnehmer nicht nur einen leicht faßlichen, dem Zweck und der Dauer des Kurses entsprechend bemessenen theoretischen Unterricht, sondern auch eine geeignete praktische Unterweisung für die Zucht und Pflege der Obstbäume. Zu diesem Zweck sind dieselben verpflichtet, nach Anweisung der Kursleiter in den betreffenden Obstanlagen und Baumgütern die entsprechenden Arbeiten zu verrichten, um die Erziehung junger Obstbäume, die Veredlung, den Baumschnitt und die Pflege älterer Bäume praktisch zu erlernen.

Die Dauer des Kurses ist auf zehn Wochen — acht Wochen im Frühjahr und zwei Wochen im Sommer — festgesetzt.

Der Unterricht ist unentgeltlich; für Kost und Wohnung aber haben die Teilnehmer selbst zu sorgen. Außerdem haben sie das etwa bei dem Unterricht notwendige Lehrbuch, die erforderlichen Hefte, sowie ein Veredlungsmesser, ein Gartenmesser und eine Baumsäge anzuschaffen, was am Ort des Kurses selbst geschehen kann.

Die Gesamtkosten für den Besuch eines Kurses mögen etwa 200 M betragen. Unbemittelten Teilnehmern kann ein Staatsbeitrag bis zu 50 M in Aussicht gestellt werden.

Bedingungen der Zulassung sind: zurückgelegtes 17. Lebensjahr, ordentliche Schulbildung, guter Reumund, Übung in ländlichen Arbeiten. Vorkenntnisse in der Obstbaumzucht begründen einen Vorzug.

Gesuche um Zulassung zu den Unterrichtskursen sind bis längstens 18. Februar d. J. an das Sekretariat der Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart einzulenden. Den Aufnahmegesuchen sind beizulegen:

1. ein Geburtschein;
2. ein Schulzeugnis;
3. ein Nachweis über die Übung des Bewerbers in landwirtschaftlichen Arbeiten und etwaige Vorkenntnisse in der Obstbaumzucht;
4. wenn der Bewerber minderjährig ist, eine Einwilligungserklärung des Vaters oder Vormunds, in welcher zugleich die Verbindlichkeit zur Tragung der durch den Besuch des Kurses erwachsenden Kosten, insoweit solche nicht auf andere Weise gedeckt werden, übernommen wird;

Der Terrorismus in Hamburg.

Hamburg, 25. Jan. Als die Oberrealschule Eppendorf heute auf Befehl des A- und S-Rates zu Ehren Liebknechts Halbmaß gepflaggt hatte, weigerten sich Schüler und Lehrer selbständig und von einander unabhängig unter diesem Zeichen zu unterrichten oder unterrichtet zu werden. Die Schule blieb deshalb für heute geschlossen.

Die Beerdigung Liebknechts.

Berlin, 25. Jan. Ueber die Beerdigung Liebknechts melden die Blätter: Anlässlich der Beerdigung Karl Liebknechts waren heute schon in den frühen Morgenstunden die ganze innere Stadt und alle nach dem Tiergarten führenden Hauptstraßen abgesperrt. Als gegen 10 Uhr die Ordner des U.S.P.D. sich am Eisernen Hindenburg-Denkmal versammelten wollten, wurde ihnen bedeutet, daß die Aufstellung eines Zuges in der Siegesallee nicht gestattet werden könnte. Die Ordner verteilten sich darum an den Grenzbezirk der Abperrungsbezirke und wiesen die dort entrossenden größeren und kleineren Züge an, sich nach dem Bismarckplatz zu begeben. Der Zug ordnete sich auf der Spielwiese des Friedrichshains. Auf 8 Arbeitswagen waren die Särge mit den 33 revolutionären Gefallenen aufgebahrt. Auf dem vordersten Wagen befand sich die Leiche Liebknechts. Der Zug ging über das Königstor und durch die Frankfurter Allee nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde, wo er gegen 1/3 Uhr anlangte.

Bermischte Nachrichten.

Eine schwere Bluttat.

Berlin, 24. Jan. Eine schwere Bluttat verübten unbekannte Einbrecher in Königs-Wasserhausen. Die Funke Wöhe und Hallstein von der Gartenachrichtensabteilung in Berlin-Treptow waren zum Sicherheitsdienst nach Wildau befohlen. Sie überwachten dort auch den Bahnhof. Hier saßen sie drei ab, die während des Transports über die Sicherheitswache herfielen, sie totschlugen und darauf entflohen.

Neutrale Schwindelnachrichten.

Berlin, 26. Jan. Die Agentur Neue Korrespondenz in Basel meldet aus Stockholm, daß General Ludendorff von Pommern aus die Bewegungen der russischen Truppen leite und daß die letzten Bewegungen bei Wendisch von ihm angeregt worden sei. Die Nachricht trägt so sehr den Charakter einer tendenziösen, nur zu Sensationszwecken in die Welt gesetzten Erfindung, daß es sich erübrigt, sich weiter damit zu befassen.

Tschechische Postwertzeichen.

Die tschecho-slowakische Postverwaltung hat mit der Ausgabe eigener Postwertzeichen begonnen und zunächst

5. ein von der Gemeindeförderung des Bewerbers ausgefertigtes Reumundzeugnis, sowie eine Bescheinigung derselben darüber, daß der Bewerber über diejenige Persönlichkeit, welche die Verbindlichkeit zur Tragung der durch den Besuch des Kurses erwachsenden Kosten für ihr übernommen hat, in der Lage ist, dieser Verpflichtung nachzukommen;

6. wenn ein Staatsbeitrag erbeten wird — was zutreffendfalls immer gleichzeitig mit der Vorlage des Aufnahmegesuchs zu geschehen hat — ein gemeindeförderliches Zeugnis über die Vermögensverhältnisse des Bewerbers und seiner Eltern, sowie ein Nachweis darüber, ob die Gemeinde, der Landwirtschaftliche Bezirksverein oder eine andere Körperschaft die Aufnahme befürwortet und ob sie ihm zu diesem Zweck einen Beitrag und in welcher Höhe zugesagt oder in Aussicht gestellt haben.

Die Zuteilung zu den verschiedenen Kursen behält sich die Zentralstelle vor; sie wird hierbei die Entfernung zwischen dem Wohnort des Bittstellers von dem einen oder andern Ort des Kurses, soweit möglich, in Betracht ziehen.

Die Bezirke- und Gemeindeförderungen, sowie die landwirtschaftlichen Vereine werden auf diese Gelegenheit zur Heranbildung von Bezirks- und Gemeindeförderungswärtern besonders aufmerksam gemacht und zugleich ersucht, darauf hinzuwirken, daß sich in erster Linie solche Persönlichkeiten an den Kursen beteiligen, von denen anzunehmen ist, daß sie geeignet und in der Lage sein werden, nach dem Besuch eines Kurses an der Förderung des Obstbaus in der Gemeinde oder im Bezirk mitzuarbeiten. Letzteres wird insbesondere zu erwarten sein von Persönlichkeiten, welche Lust und Liebe zum Obstbau bekunden, vermöge ihres reiferen Alters das erforderliche Verständnis für denselben und für die ihnen bevorstehenden Aufgaben haben und die bereits mit Erfolg an einem Wanderlehrgang über Obstbau teilgenommen haben.

Außer dem zehnwöchigen Lehrgang wird unter Umständen behufs eingehender Unterweisung über Ernte des Obstes, Sortenerkenntnis, häusliche Obstverwertung und Verpackung des Obstes im Oktober d. J. versuchsweise noch ein zwei Wochen dauernder Ergänzungskurs abgehalten werden. Zur Bedingung der Teilnahme an diesem Kurs wird der erfolgreiche Besuch eines zehnwöchigen Kurses (heuer oder schon früher) gemacht. Ueber Zeit und Ort der Abhaltung des zehnwöchigen Ergänzungskurses wird später noch eine weitere Bekanntmachung mit der Aufforderung zur Einreichung von Zulassungsgesuchen veröffentlicht werden.

Stuttgart, den 2. Januar 1919. **Sting.**

solche zu 3 Heller (weißblau), 5 Heller (grün) und 10 Heller (rot) in Verkehr gebracht, die auch zum Freimachen der Postsendungen nach Deutschland benutzt werden. Sie sind zum Teil gezähnt, zum Teil ungezähnt. Neben ihnen bleiben die bisherigen Marken der vormaligen K. K. Postverwaltung bis auf weiteres noch im Verkehr. (S. 2.)

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

Madrid, 25. Jan. (Reuter.) Nach einem Bericht aus Lissabon ist am 23. Januar, nachmittags, die Nachricht eingetroffen, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen sei. Genf, 24. Jan. Nach Blättermeldungen aus Madrid haben einige portugiesische Kriegsschiffe die Stadt Oporto bombardiert. Die Armee stehe auf Seiten der Revolutionäre. Die Marine bleibe der Regierung treu. Lissabon, 26. Jan. Es wird berichtet, daß der frühere König Manuel nach Ueberstreiten des Minho-Flusses um 6 Uhr morgens in Portugal eingetroffen ist. Amsterdam, 26. Jan. Das Reutersche Bureau meldet aus Lissabon: Reisende aus Oporto teilen mit, daß ein Flugzeug, das sich über der Stadt bewegte, Proklamationen abwarf, worin die Fremden aufgefordert werden, die Stadt zu verlassen, um nicht das Opfer des zu erwartenden Blutbades zu werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Januar 1919.

Aufruf an die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen andern erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte, Ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einsetzung eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen! Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung; auch dann wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt. Baut Wege, melioriert eure Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten, kurz, schafft Arbeit! Das ist jetzt eine hohe, sittliche Pflicht der Landwirtschaft. Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Weber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung,

...wird es irgend möglich ist, kehrt an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unterbringen könnt und erachtet so mit a m Wohl unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird gesehen.

Arbeiter! Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen daneben. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch! In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt). Koeth.

Die Kartoffel- und Fleischversorgung.

Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär d. Reichsernährungsamts zur Streckung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab eine wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Vom gleichen Zeitpunkt an hat die Einschränkung der täglichen Ration für Selbstverfolger von 1 1/2 auf 1 Pfund zu erfolgen. Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, alles nähere zu veranlassen. Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, ist vom 3. Februar an die Wochenkopfmenge Fleisch für die Versorgungsberechtigten je 100 Gramm erhöht worden, so daß in den Gemeinden bis zu 50 000 Einwohner statt der bisherigen 100 Gr. wöchentlich 200 Gramm, in Orten von über 50 000 Einwohnern bis unter 100 000 Einwohner statt der bisherigen 150 Gramm 250 Gramm und in den Städten über 100 000 Einwohner statt der bisherigen 200 Gramm 300 Gramm auf den Kopf in der Woche unter Fortfall der Schwer- u. Schwerstarbeiterzulagen (abgesehen von den Zulagen für die Bergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben), demgemäß gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstverfolgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht worden.

Aufhebung der Beschränkung des privaten Güterverkehrs.

Mitteilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen: Nachdem die Transportvorteile in der Sache beendet sind, hat die württemb. Eisenbahnverwaltung in ihrem Bereich versuchsweise die Beschränkungen für den kurzzeit ohnehiesigen privaten Güterverkehr aufgehoben. Ob dieser Versuch mit Rücksicht auf den aus bekannten Gründen bestehenden Mangel an Lokomotiven und Güterwagen nicht bald wieder aufgegeben werden muß, kann erst die weitere Entwicklung der Verhältnisse lehren. Bei der Frage der Zulassung von Sendungen nach anderen deutschen Bahnen ist die württemb. Verwaltung an die für diese Bahnen bestehenden Verkehrsbeschränkungen und Erreanordnungen über die bei den Güterstellen Näheres zu erfahren ist, gebunden. Mit der rechtzeitigen Gesteuerung der Wagen für die zur Beförderung zugelassenen Sendungen kann bei dem bekannten außerordentlichen Wagenmangel nicht gerechnet werden.

Der Stand der württ. Staatsschulden.

Das Kassen- und Rechnungswesen der Staatsschuldenkasse ist bei den monatlichen Kassenstürzen, sowie bei einem, am 19. Dez. 1918 vorgenommenen unvermuteten Kassensturz in Ordnung gefunden worden. Der Stand der Staatsschulden bei dem Kassensturz am 30. Nov. 1918 betrug 694 568 000 „ d. h. gegenüber dem Stand Ende Januar 1918 mehr 7 721 600 „.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer.

Am 1. August 1918 ist an Stelle des Warenumsatzsteuergesetzes ein neues Reichsgesetz, das Umsatzsteuergesetz, in Kraft getreten. Es besteuert alle im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen eines selbständigen Gewerbetreibenden, soweit sie innerhalb seiner gewerblichen Tätigkeit liegen. Zu den Gewerbetreibenden zählen beispielsweise die Landwirte, Fabrikbesitzer, Handwerker aller Art, Bauunternehmer, Wirte, Zimmervermieter, Kaufleute mit Einschluß der Makler, Agenten und Kommissionäre, weiter die Apotheker, Spediteure, Fuhrunternehmer, Banen, Versteigerer, Rechtsagenten, Heilkünstler, Auskunftsstellen, Leihbüchereien usw. Nicht als Gewerbe-

betriebe gilt die Ausübung eines freien Berufs (z. B. Berge, Rechtsanwälte, Künstler, Schriftsteller). Gewährt aber ein Arzt seinen Pflichtbeschlüssen Anteaufkunft und Verköstigung, so ist er wegen des Entgelts dafür umsatzsteuerpflichtig.

Neu ist die Besteuerung der Entgelte für die Leistungen innerhalb einer gewerblichen Tätigkeit. Hierzu gehört z. B. beim Landwirt, Kutscher und Fuhrhalter der Lohn für Fuhrten jeder Art, beim Friseur das Entgelt für Rasieren, Haarschneiden usw. und bei jedem andern Handwerker, sowohl der Lohn für die Anfertigung neuer Sachen als auch für alle Reparaturen. Steuerpflichtig sind überhaupt alle Entgelte für Arbeitsleistungen, sei es, daß sie mit der Hand oder mit Kraftbetrieb ausgeführt werden, wie z. B. in Molkereien, Sägereien usw. Neu ist auch die Besteuerung des Eigenverbrauchs. Hierunter versteht man die Entnahme von Waren aus dem Geschäft oder Erzeugnissen aus dem landwirtschaftl. Betrieb zum Ge- oder Verbrauch innerhalb der Familie.

Das Gesetz erfaßt und besteuert den vollen Wert des reifen Umsatzes. Es darf deshalb der Gewerbetreibende, der etwas liefert oder leistet, vom Entgelt nichts für seine Selbstkosten abziehen. Ebenso ist es nicht zulässig, wegen der Zölle und Verbrauchsabgaben u. dergl., die auf einer Ware ruhen, am Betrag des Umsatzes, d. h. am vollen Wert des Entgelts für die Warenlieferung etwas zu kürzen.

Von der Besteuerung ausgenommen ist die Verpachtung und Vermietung von Grundstücken, soweit es sich nicht um die Verpachtung oder Vermietung eingerichteter Räume handelt. Wer z. B. ein eingerichtetes Zimmer, eine eingerichtete Wirtschaft, eingerichtete Fabrikräume oder ein eingerichtetes Hofgut vermietet oder verpachtet, ist mit den Pacht- oder Mieteinnahmen daraus steuerpflichtig.

Die Umsatzsteuerpflicht tritt nur dann ein, wenn die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahr mehr als 3000 M beträgt. Der Steuerfuß beträgt 5 vom Tausend. Wer der Umsatzsteuer unterliegt, der muß über die Entgelte (Zahlungen usw.), die er für seine Lieferungen und Leistungen einnimmt, genaue Aufzeichnungen führen und diese am Schluß eines jeden Kalenderjahrs zusammenstellen. Im darauffolgenden Monat, also im Laufe des Januar, hat er dann eine Steuererklärung nach dem amtlichen Vordruck abzugeben. Wer einen solchen Vordruck zugestellt bekommt, muß ihn ausfüllen und abgeben, ob sein Umsatz der Höhe nach steuerpflichtig ist oder nicht. Wer dagegen keinen Vordruck erhält, aber steuerpflichtig ist, muß einen solchen beim Ortssteueramt seines Wohnorts in Empfang nehmen. Steuer sind die Steuerklärungen nach dem neuen Gesetz erstmals für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 spätestens bis zum 31. Januar 1919 beim Ortssteueramt abzugeben. Wer die Erklärungsfrist verläßt, dem kann ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der Steuer auferlegt werden.

(Stuttg.) Stuttgart 24. Jan. Die Gültigkeitsdauer der städt. Geldscheine in Württemberg von 5 M und 10 M wird über den 1. Februar hinaus bis zum 1. April 1919 verlängert. Die städt. 50-Mark-Scheine werden entsprechend dem auf ihnen entfallenden Vermerk mit dem 1. Februar d. J. aus dem Verkehr gezogen; sie werden aber von den staatlichen Kassen bis 15. Februar 1919 in Zahlung genommen und von sämtlichen Stuttgarter städt. Kassen bis 15. März 1919 eingelöst; von diesem Zeitpunkt an sind sie unzulässig.

Reisepflicht und Hochschule.

Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens werden die Kriegsteilnehmer, die nach dem 20. April 1917 unmittelbar von der Schule weg zum Kriegsdienst abgegangen und regelrecht in die Klasse einer höheren neuerrichteten Lehranstalt versetzt worden sind, auch vor Ablegung der Reisepflichtung als ordentliche Studierende an den Hochschulen zugelassen. Es darf ihnen jedoch durch die Zulassung ein Zeitaufwand vor ihren in der Schule zurückgebliebenen Klassenkameraden nicht entstehen. Ferner muß ihnen die Bedingung auferlegt werden, daß sie vor der ersten Berufsprüfung die Kriegsreisepflichtung ablegen.

Von der Landesversammlung.

(Stuttg.) Stuttgart 24. Jan. Der verfassunggebenden Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewährung einer Entschädigung an ihre Mitglieder zugegangen. Sie sollen erhalten neben der bereits gemeldeten freien Fahrt auf den württ. Eisenbahnen für die Dauer der ersten Sitzungsperiode eine Aufwandsentschädigung von 1500 M, wovon 200 M am 31. Januar, je 400 M am 28. Februar und 31. März und der Rest am Tage der Schließung der Landesversammlung zahlbar sind; soweit die nicht am Ort der Versammlung wohnenden Mitglieder vor oder nach einem Sitzungstage am Ort der Versammlung übernachteten, erhalten sie außerdem einen von ihnen geltend zu machenden Zuschlag von je 5 M. Für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Landesversammlung der Plenarsitzung ferngeblieben ist, wird von der nächstfolgenden Entschädigungsrate der Betrag von 25 M in

Zug abgezogen. Die Landesversammlung in einer Sitzung wird dadurch nachgewiesen, daß das Mitglied der Landesversammlung sich während der Dauer der Sitzung in eine Anwesenheitsliste einträgt. — Die Deutsche demokratische Fraktion hat folgende Anträge gestellt: Die Landesversammlung wolle beschließen, die vorläufige Regierung zu ersuchen, 1. angesichts der dringenden Not des gesamten württemb. Gewerbes, insbesondere der mittleren und kleinen Handwerksbetriebe, die nötigen Schritte sofort zu ergreifen, um eine beschleunigte Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, und zwar auch so weit sie einer amtlichen Bewirtschaftung nicht mehr unterliegen — aus den Erzeugungsgebieten nach Württemberg in die Wege zu leiten. — 2. Zur Verhütung steigender Arbeitslosigkeit und zur Sicherung von Beleuchtung und Heizung im Lande bei der Entente durch die Deutsche Waffenstillstandskommission in der allernächstzulässigen Weise die Wiederaufnahme der Kohlenzufuhr von der Saar, insbesondere nach Württemberg, zu fordern, da hieron der Fortbetrieb der Gas- und Elektrizitätswerke und der Industrie abhängig ist. — 3. Mit aller Entschiedenheit sich der berechtigten Interessen der württ. Kriegsteilnehmer aus der Schweiz, die in den Grenzlagern auf die Einreise nach der Schweiz warten, anzuschließen, sich sofort mit der Reichsregierung und den süddeutschen Regierungen zwecks nachdrücklicher Vertretung der Einreiseerlaubnisgesuche ins Benehmen zu setzen und, soweit erforderlich, ihnen wirtschaftliche Unterstützung, insbesondere durch Arbeitsvermittlung innerhalb Württembergs angebotigen zu lassen. — 4. Bei der Deutschen Waffenstillstandskommission mit aller Kraft dahin zu wirken, daß bei der Entente die schleunige Rückbeförderung unserer noch in den feindlichen Ländern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen geordert wird.

Fragen der Lebensmittelversorgung.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Jan. Fragen der Lebensmittelversorgung wurden heute nachmittag auf dem Städt. Lebensmittelamt mit den Vertretern der Presse besprochen. Vom 3. Februar ab tritt die angekündigte Erhöhung der Fleischration ein. Die Wochenmenge auf den Kopf erhöht sich im Lande auf 250 Gramm, in Stuttgart auf 350 Gramm. Diese Erhöhung ist möglich geworden durch den geringeren Bedarf der Heeresverwaltung, durch die Beseitigung der Zulagen der Rüstungsarbeiter, und sie ist nötig geworden durch den großen Futtermangel, der unsere Landwirte zum teilweisen Abstoß von Vieh zwingt. Auch die Brotzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter fallen vom 1. Februar ab weg; nur für das Personal der Verkehrsanstalten bleiben die Zulagen aufrechterhalten. Die Aussicht auf Versorgung mit Lebensmitteln durch unsere Feinde sind recht gering. Deutschland braucht im Tag 15 000 Tonnen Brotgetreide. Der Preis auf dem Weltmarkt ist im Vergleich zu unserm Preis um das 2 1/2-fache höher, dazu kommt die Valutadifferenz, so daß das eingeführte Getreide auf den 3/4fachen Preis des einheimischen zu stehen kommt. Die Mahnung sparsam und sorgsam mit unsern Lebensmitteln umzugehen, ist daher wohl am Platz. Es ist töricht, wenn man sich von der Einfuhr von Lebensmitteln große Hoffnungen macht und gar jetzt schon auf die kleinen Vorräte hineinhaut.

(Stuttg.) Göppingen, 24. Januar. Der Arbeiterrat hat gestern die Notstandsarbeiter und Erwerbslosen zu einer Versammlung zusammengerufen, die der Vorsitzende Rohrer eröffnete. Geschäftsführer Reichle berichtete über Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeiten und führte aus, daß Göppingen, nach der Einwohnerzahl berechnet, mit 2600 die höchste Erwerbslosenziffer im Lande habe. Es gelte, wieder produktive Arbeit zu leisten, Werte zu schaffen, um unser Wirtschaftsleben wieder in die Höhe zu bringen. Die Entlohnung der Notstandsarbeiter stehe in Verbindung mit der Fürsorge. Für Arbeiter über 21 Jahren werde ein Stundenlohn von 1 M, für solche von 16 bis 21 Jahren 90 S und für solche unter 16 Jahren 70 S festgesetzt. Dazu komme noch ein Zuschlag von 10 Prozent, auf die bisher bezogene Unterstützung. Ferner werde die Differenz zwischen Lohnhöhe und dem bisherigen Erwerbslosenfürsorgefuß der Haushaltungsvorstände von der Erwerbslosenfürsorge bezahlt, außerdem die Beträge für den Sonntag oder die Regentage, für die der Lohn in Abzug komme, von der Fürsorge entrichtet. Arbeiterrat und Behörden hätten damit also ein Musterbeispiel sozialer Fürsorgetätigkeit geschaffen. — Beschlossen wurde, von den Unternehmern zu verlangen, an Stelle der noch in den Betrieben und Bureaus in großer Zahl tätigen weiblichen Arbeitskräfte männliche, besonders Heeresentlassene einzustellen. Eine Kommission, die in Streitfällen darüber entscheiden soll, wer zu arbeiten hat und wer nicht, wurde gewählt. Sie soll unter dem Vorsitz eines Arbeiterratsmitglieds tagen.

Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seitzmann, Calw.

Ortssteueramt Calw.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Kameramts Hirsau Nr. 8 d. Bl. (am 11. d. Mts.) werden die der allgemeinen Umsatzsteuer unterliegenden Personen hiemit aufgefordert, ihre

Steuererklärungen,

soweit noch nicht geschehen, bis spätestens 31. Januar d. J. beim Ortssteueramt Rathaus Zimmer 1, abzugeben.

Calw, den 27. Januar 1919.
Der Ausnahmsbeamte: Ortssteuerbeamter Hornikel.

Ausgabe von Notgeldscheinen durch die Stadt Pforzheim.

Der Einlösungstermin für die ausgegebenen städt. Notgeldscheine zu 5 Mark (blaue und rote) wird bis 1. April 1919 verlängert.

Pforzheim, den 23. Januar 1919.
Der Stadtrat: Habermehl. Gillard.

Gechingen.

Am Donnerstag, den 30. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, wird vor dem Rathaus ein bei der Einquartierung zurückgelassenes



Militär-Pferd

im öffentlichen Aufstreich gegen Barzahlung an den Meistbietenden versteigert, wozu Einladung ergeht.
Den 25. Januar 1919.
Schultheiß und Ratschreiber: Schmidt.

Größere Posten Reichsanleihe zu kaufen gesucht.

Anträge erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nähmaschinen-Reparaturen

(auch alte Systeme) werden fachgemäß ausgeführt. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wegen Wegzug verkaufe ich am Mittwoch, den 29. Januar, von 12. Uhr an im Hause Rudolf Scheuerle gegen Barzahlung folgendes:

- 1 doppeltür. Kleiderkasten, 1 Bügeltisch, 1 Amerikaner-essel, 1 Kinderwagen, 1 Kindersportwagen, 1 zusammenklappbaren Kinderessel mit Geschirreinsatz, eine lederne Geldtasche, 1 Gasherd mit 2 Brennern, 1 Gaslampe.

Meister.

Waterländische Pflicht

Jedes wahrhaft deutsch gesinnten ist es:
seinen eigenen Betrieb in Gang zu halten und möglichst zu vergrößern;
andere Betriebe durch Erteilung von Aufträgen zu beschäftigen.

Nur ein Handinhandarbeiten der gesamten deutschen Geschäftswelt kann den Niedergang verhindern und den Aufschwung herbeiführen. Die heimkehrenden Krieger haben ein Anrecht auf Arbeit. Der allgemeine Wohlstand muß lauten:

Und jetzt erst recht!

BESÜCHSANZEIGEN : PREISLISTEN
RECHNUNGEN : RUNDSCHREIBEN
BRIEFBOGEN : BRIEFUMSCHLÄGE
ADRESSKARTEN ::: POSTKARTEN
LIEFERT IN SCHÖNER AUSFÜHRUNG RASCH UND PREISWERT DIE
A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI
:: LEIDERSTRASSE 151 CALW FERNSPRECHER Nr. 9 ::

Schöne, sommerlich gelegene 2- oder 3-Zimmer-Wohnung

bis 1. März zu mieten gesucht. Angebote unter P. H. an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Bäckerei

in guter Lage mit schöner Wohnung zu vermieten. Auskunft in der Geschäftsstelle des Blattes.

Wollen

Sie Ihr Haus oder sonstigen Grundbesitz mit oder ohne Geschäft verkaufen, so schreiben Sie sofort zwecks Unterbreitung an

vorgemerkte Käufer an den Verlag
Verkaufs-Markt Frankfurt a. M., Habsburgerallee 28.

2 neue lackierte Kufbaum
Bettladen verkauft.
Schreinermeister Schaible.

Alteisen kauft jedes Quantum
Andreat, Hirsau.

Stammheim.
Junge Kuh
hat zu verkaufen.
Rosine Binder.

Kentheim.
Eine schwere, fehlerfreie Schaff-Kuh
(15 Liter Milch) samt Kalb und ein gebrauchsfähiges Fahrrad
verkauft.
Michael Kentschler.

Einen jährigen Sarren
Hellschafschaf, zur Zucht geeignet, hat zu verkaufen
Michael Frommer, Welkeneschwan.

Naislach.
Eine ältere Kuh
hat zu verkaufen.
Joh. Elias Luz, obere Mühle.

Unterreichenbach.
Eine ältere Schaff-Kuh
samt Kalb
verkauft
Fr. Naisbacher, Schmiedmeister.

Herzliche Einladung.

Wer mit uns Gott danken will für glückliche Heimkehr aus dem Kriege ist mit seinen Angehörigen herzlich eingeladen zu unserer

Dantes-Versammlung

am 2. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr, im Missionshaus zu Liebenzell. Auch Angehörige gefallener Kameraden sind herzlich willkommen.

Die Kameraden: Karl Czerminski, Friedrich Fabriz, Herm. Großwendt, Wilh. Heinsen, Aug. Meyer, Joh. Nahnfen, Adolf Sauter, Johs. Schumacher, Franz Strauß, Kurt Schmidt, Adolf W. t.

Hüte zum Umformen

werden angenommen.

Dollinger & Spiess.

Altburg.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Altburg und Umgebung teile ich ergebenst mit, daß ich vom Felde zurück bin und mein

Schmiede-Geschäft eröffnet habe.

Um freundliches Entgegenkommen bitte ich hochachtungsvoll
Christian Berniker, Schmiedmeister

Calw.

2-3 Eimer guten Obstmost

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe zu richten an
Carl Dingler, z. „Rebstock.“

Bett

Verkaufe ein vollständiges Bett mit Kopf und Bettlade, sowie ein Kinderbettlade.

Wer sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Setze dem Verkauf aus, starken

Zweispänner-Leiterwagen,

auch zu gebrauchen als Langholz-wagen, noch sehr gut erhalten
Karl Krämer, Müller
Dielshausen.

Ein in Küche und Haushalt erprobtes, geordnetes

Mädchen

auf 15. Febr. gesucht von
Frau Eugen Dreiß.

Wasserglas

empfiehlt
Carl Serva.

Haararbeiten

Sämtliche fertigt rasch und billig
J. Odermatt, Friseurmeister
Calw.

Karbolineum Dachpappe

bleiben an
Stegmüller & Eßne,
Stuttgart
Telef. 7704.

Benno-Pillen und Tee

sind ein vielbewährtes unschädliches Mittel bei
Blutandrang, Kopfschmerzen, Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.

Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno.
Preis für Pillen Mk. 1.— für Tee Mk. 2.— die Schachtel.
Zu haben in allen Apotheken.